

# Kammerkurzmitteilung



RECHTSANWALTSKAMMER  
DES LANDES BRANDENBURG

Ausgabe Nr. 9/2020 vom 25.03.2020

**- Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 und COVID-19 in Brandenburg**  
**- § 11: Regeln zum Aufenthalt im öffentlichen Raum**

Sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,

mit dem 22. März 2020, in Kraft getreten am 23. März 2020, ist die auf einer Bund- Länder-Verabredung beruhende „Verordnung über Maßnahmen zur Eindämmung des neuartigen Coronavirus in Brandenburg“ in Kraft getreten.

Die wesentlichen, jedweden Menschen und damit auch jedweden Berufsträger treffenden allgemeinen Verhaltensobliegenheiten werden als bekannt vorausgesetzt.

Besondere Aufmerksamkeit verdient indes § 11 dieser Verordnung, sci. die Regeln zum Aufenthalt im öffentlichen Raum.

Demnach ist es bis zum

**05. April 2020**

untersagt, öffentliche Orte zu betreten; zu den öffentlichen Orten zählen öffentliche Wege, Straßen, Plätze, Verkehrseinrichtungen, Grünanlagen und Parks.

Die insoweit unverzichtbaren Ausnahmen sind in § 11 Abs. 3 o. g. VO niedergelegt:

- Demnach sind gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 2 a der o. g. VO Betretungen [der öffentlichen Orte] zum Aufsuchen des Arbeitsplatzes und zur Wahrnehmung beruflicher Tätigkeiten stets und ständig möglich.
- Hinzu tritt, dass gemäß § 11 Abs. 3 Ziffer 2 k der o. g. VO das Betreten des öffentlichen Raumes zur Wahrnehmung dringend und nachweislich erforderlicher Termine bei Rechtsanwälten vom generellen Verbot ausgenommen.

Dies bedeutet in der praktischen Handhabung, dass sämtliche Berufsträgern im Kammerbezirk Brandenburg die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit notwendigen Wegeleistungen, sowohl ins eigene Büro wie auch zu Gericht oder anderen Stellen stets und ständig gestattet bleiben.

Gleichermaßen sind auch Ihre Mandanten berechtigt, zur Wahrnehmung dringend und nachweislich erforderlicher Termine Ihre Kanzleiräumlichkeiten aufzusuchen.

Da nach hier eingehenden Berichten, wenn auch in Einzelfällen, sowohl Berufsträger wie auch Mandanten nach dem Grund ihres Aufenthaltes im öffentlichen Raum befragt worden sind, sei nochmals auf die schon kommunizierte Möglichkeit hingewiesen, dass die Rechtsanwaltskammer jedem Berufsträger auf Anfrage einen improvisierten Mitgliedschaftsausweis zur Verfügung stellt.

Hinsichtlich der unaufschiebbaren Besprechungstermine Ihrer Mandantschaft kann solches durch die Rechtsanwaltskammer natürlich nicht geleistet werden, indes durch Sie selbst, da nur und ausschließlich Sie beurteilen können, ob ein Besprechungstermin notwendig und unaufschiebbar ist.

Um ein insofern anwendungstaugliche Dokumente in Ihr jeweiliges Serviceangebot aufnehmen zu können, ist dieser Mail eine Word-Datei als Anlage beigelegt, die den Gesetzestext aufnimmt und somit die der Verbotsbestimmung aus § 11 der o. g. Verordnung inhärente Passierscheinfunktion ausfüllt.

Sie sind selbstverständlich nicht gehalten, genau diese Vorlage mit präzise diesem Wortlaut zu benutzen. Sie scheint indes geeignet, um unverzichtbare persönliche Mandantenkontakte auch aus ordnungsrechtlicher Sicht zu ermöglichen.

Eine solche Maßnahme sollte aus datenschutzrechtlichen Gründen unbedingt mit Ihrer Mandantschaft abgestimmt werden, da bereits das Offenlegen eines Mandatsverhältnisses berufsrechtlich problematisch sein kann. Darüber hinaus wird empfohlen, diese in der Verordnung eingeräumte Möglichkeit tatsächlich auf Fälle erhöhter Dringlichkeit zu beschränken.

Mit freundlichen kollegialen Grüßen

Ihre Rechtsanwaltskammer

## **Impressum RAK Brandenburg**

Rechtsanwaltskammer des Landes Brandenburg  
Grillendamm 2, 14776 Brandenburg an der Havel  
Tel: 03381 – 25330, Fax: 03381 – 253323,  
E-Mail: [info@rak-brb.de](mailto:info@rak-brb.de)

Verantwortlichkeiten:

Inhalte: RA Dr. Frank Engelmann, Präsident

Internetauftritt: RA Dr. Frank Engelmann, Präsident

Zum Abbestellen der Kammerkurzmitteilung senden Sie bitte eine Mail an [info@rak-brb.de](mailto:info@rak-brb.de) mit Ihrer Kanzleibezeichnung und Ihrer E-Mail Adresse.